

Inhalt:

Amtlicher Teil:

Geschäftsordnung des Senats der Technischen Universität
Dortmund vom 25.11.2020

Seite 1 - 14

**Geschäftsordnung des Senats
der Technischen Universität Dortmund
vom 25.11.2020**

Aufgrund des § 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01.09.2020 (GV. NRW. S. 890), hat sich der Senat der Technischen Universität Dortmund die folgende Geschäftsordnung gegeben:

Inhaltsverzeichnis:

- § 1 Zusammensetzung und Zuständigkeit
- § 2 Stellvertretung
- § 3 Vorsitz
- § 4 Sitzungsvorbereitung
- § 5 Sitzungsdurchführung
- § 6 Beschlussfähigkeit
- § 7 Öffentlichkeit
- § 8 Anträge
- § 9 Beratung
- § 10 Beschlussfassung
- § 11 Stimmberechtigung
- § 12 Stimmgewichtung
- § 13 Abstimmungen
- § 14 Wahlen im Zuständigkeitsbereich des Senats
- § 15 Ausschüsse, Kommissionen und Beauftragte
- § 16 Sitzungsprotokoll, Sondervoten
- § 17 Inkrafttreten

§ 1

Zusammensetzung und Zuständigkeit

- (1) Stimmberechtigte Mitglieder des Senats sind
 1. zwölf Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschul-lehrer,
 2. fünf Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mit-arbeiter,
 3. fünf Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Tech-nik und Verwaltung und
 4. fünf Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Studierenden.

- (2) Nichtstimmberichtigte Mitglieder des Senats sind
 1. die Rektorin/der Rektor,
 2. die Prorektorinnen/Prorektoren,
 3. die Kanzlerin/der Kanzler,
 4. die Dekaninnen/Dekane,
 5. die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen,
 6. die/der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung,
 7. die/der Vorsitzende des Personalrats der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten,
 8. die/der Vorsitzende des Personalrats der wissenschaftlich und künstlerisch Beschäf-tigten,
 9. die Sprecherin/der Sprecher des Allgemeinen Studierendenausschusses.

Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte kann an Sitzungen des Senats wie ein nichtstimmberichtigtes Mitglied teilnehmen. Die für nichtstimmberichtigte Mitglieder geltenden Re-gelungen dieser Geschäftsordnung finden auch auf die zentrale Gleichstellungsbeauftragte Anwendung.

- (3) Der Senat hat insbesondere folgende Aufgaben:
1. Stellungnahme zum jährlichen Bericht des Rektorats;
 2. Erlass und Änderung der Grundordnung, von Rahmenordnungen und Ordnungen der Universität, soweit das Hochschulgesetz und die Grundordnung nichts anderes bestimmen;
 3. Billigung von Planungsgrundsätzen für den Hochschulentwicklungsplan;
 4. Empfehlungen und Stellungnahmen zum Entwurf des Hochschulentwicklungsplans und des Hochschulvertrages, zu den Evaluationsberichten, zum Wirtschaftsplan, zu den Grundsätzen der Verteilung der Stellen und Mittel auf die Fakultäten, zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und zentralen Betriebseinheiten;
 5. Empfehlungen und Stellungnahmen in Angelegenheiten der Forschung, Kunst, Lehre und des Studiums, die die gesamte Universität betreffen oder von grundsätzlicher Bedeutung sind;
 6. Beschluss von Grundsätzen für gute Beschäftigungsbedingungen des Personals der Universität;
 7. Entscheidung über die Zustimmung zum Berufungsvorschlag einer Fakultät zur Besetzung einer Professur, wenn das Rektorat beabsichtigt, diesen Berufungsvorschlag nicht oder nicht unverändert zu beschließen;
 8. Aufforderung des Rektorats zur Erteilung einer Auskunft oder zur Ablegung der Rechenschaft hinsichtlich der Ausführung eines Senatsbeschlusses;
 9. Wahl der Mitglieder des Senats in der Findungskommission zur Vorbereitung der Wahlen der Mitglieder des Rektorats;
 10. Wahl der Mitglieder des Senats im Auswahlgremium zur Auswahl der Mitglieder des Hochschulrates und Bestätigung der vom Auswahlgremium erarbeiteten oder beschlossenen Liste;
 11. Vorschlag der Abberufung eines Mitglieds des Hochschulrats;
 12. Zustimmung zur Bestellung einer Gründungsdekanin/eines Gründungsdekans einer neu gegründeten Fakultät;
 13. Wahl der Beauftragten sowie der Mitglieder der Ausschüsse und Kommissionen des Senats;
 14. Erlass der Geschäftsordnung des Senats;
 15. Wahl der/des Vorsitzenden des Senats.

§ 2 Stellvertretung

- (1) Ist ein stimmberechtigtes Mitglied an der Teilnahme an einer Sitzung des Senats insgesamt verhindert, so gehen seine Rechte und Pflichten für diese Sitzung auf das nach Maßgabe der Wahlordnung festgelegte stellvertretende Mitglied des Senats über.
- (2) Eine Stellvertretung lediglich für einzelne Tagesordnungspunkte ist unzulässig.

§ 3 Vorsitz

- (1) Der Senat wählt in seiner der Wahl der Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nachfolgenden konstituierenden Sitzung aus seiner Mitte eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden sowie eine stellvertretende Vorsitzende/einen stellvertretenden Vorsitzenden.
- (2) Die Amtszeiten der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden beginnen mit der Annahme der Wahl und enden mit Ablauf der Amtszeiten der Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer. Soweit sich die/der bisherige Vorsitzende zur Wiederwahl stellt, geht die Sitzungsleitung für diesen Tagesordnungspunkt

auf die bisherige stellvertretende Vorsitzende/den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden über. Kandidiert auch die/der bisherige stellvertretende Vorsitzende für die Funktion der/des Vorsitzenden, geht die Sitzungsleitung auf das an Lebensjahren älteste stimmberechtigte Mitglied des Senats über, das nicht selbst kandidiert.

§ 4

Sitzungsvorbereitung

- (1) Grundsätzlich kündigt die/der Vorsitzende des Senats die Termine der Senatssitzungen gegenüber den Mitgliedern, den stellvertretenden Mitgliedern, den Vorsitzenden der Kommissionen und den Beauftragten des Senats so frühzeitig wie möglich, spätestens jedoch vier Wochen vor dem jeweiligen Sitzungstermin in Textform an. Satz 1 gilt nicht für Dringlichkeitssitzungen sowie für die Fälle des Abs. 2 Satz 2.
- (2) Die/der Vorsitzende des Senats beruft den Senat durch Einladung in Textform ein. Die Ladungsfrist beträgt grundsätzlich zwei Wochen; für eine Dringlichkeitssitzung kann die/der Vorsitzende die Ladungsfrist auf bis zu 48 Stunden verkürzen. Der Senat ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Drittel der stimmberechtigten Mitglieder des Senats dies unter Angabe der zu behandelnden Tagesordnungspunkte verlangt. Eine Einladung erhalten die Mitglieder des Senats sowie nachrichtlich die stellvertretenden Mitglieder, die Vorsitzenden der Kommissionen und die Beauftragten des Senats. Die/der Vorsitzende des Senats kann Gäste zu einer Sitzung oder zu einzelnen Tagesordnungspunkten einladen.
- (3) Die/der Vorsitzende des Senats erstellt die vorläufige Tagesordnung unter Berücksichtigung der bei ihr/ihm bis drei Tage vor Ende der Ladungsfrist eingegangenen Anträge zur Tagesordnung. Offensichtlich nicht in die Zuständigkeit des Senats fallende Anträge zur Tagesordnung kann die/der Vorsitzende zurückweisen; die Zurückweisung ist zu begründen. Die vorläufige Tagesordnung und die zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegenden Sitzungsunterlagen sind der Einladung beizufügen. Im Hinblick auf Personalangelegenheiten dürfen die betroffenen Personen in der vorläufigen Tagesordnung nicht kenntlich gemacht werden. In Personalangelegenheiten und Angelegenheiten, in denen mit dem Antrag zur Tagesordnung die Nichtöffentlichkeit des Tagesordnungspunktes beantragt worden ist, erhalten grundsätzlich nur die Mitglieder des Senats Sitzungsunterlagen; stellvertretende Senatsmitglieder erhalten Sitzungsunterlagen in diesen Angelegenheiten bei Eintritt des Vertretungsfalles. Die/der Vorsitzende der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium erhält in Angelegenheiten der Lehre, des Studiums und der Forschung die vollständigen vorliegenden Sitzungsunterlagen. In den in Satz 5 genannten Angelegenheiten müssen Sitzungsunterlagen schriftlich unter Hinzufügung eines Vertraulichkeitsvermerkes übersandt werden.
- (4) Die Öffentlichkeit ist über Sitzungstermine des Senats in geeigneter Weise zu unterrichten.

§ 5

Sitzungsdurchführung

- (1) Die Sitzungen des Senats finden grundsätzlich in Präsenz der Senatsmitglieder statt.
- (2) In begründeten Ausnahmefällen können die Sitzungen in elektronischer Kommunikation stattfinden. Die/der Vorsitzende entscheidet, in welcher Form die jeweilige Sitzung stattfindet, und teilt dies im Rahmen der Einladung mit.
- (3) Die/der Vorsitzende des Senats eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen des Senats. Nach der Eröffnung der Sitzung ruft die/der Vorsitzende die einzelnen Tagesordnungspunkte auf und schließt diese nach ihrer Behandlung jeweils durch den Aufruf des nächsten Tagesord-

nungspunktes ab. Zu Sitzungsbeginn sind zunächst grundsätzlich die Tagesordnungspunkte „Beschlussfähigkeit“ (§6), „Stimmgewichtung/Endgültige Festlegung der Tagesordnung“ und „Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten“ (§ 7) zu behandeln. Anträge zur Tagesordnung dürfen nur unter dem Tagesordnungspunkt „Stimmgewichtung/Endgültige Festlegung der Tagesordnung“ eingebracht werden. Von der/dem Vorsitzenden der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium eingebrachte Anträge auf Aufnahme von Tagesordnungspunkten, die Empfehlungen, Stellungnahmen oder Beschlussvorlagen dieser Kommission in Angelegenheiten der Lehre, des Studiums oder der Forschung zum Gegenstand haben, werden von der/dem Vorsitzenden des Senats ohne Abstimmung in die Tagesordnung aufgenommen. Wenn keine Anträge zur Tagesordnung eingebracht werden, legt die/der Vorsitzende des Senats die vorläufige Tagesordnung als endgültige Tagesordnung fest. Sofern noch nicht genehmigte Protokolle vorangegangener Sitzungen vorliegen, erfolgt anschließend unter dem Tagesordnungspunkt „Protokollgenehmigung“ die Beschlussfassung über die Genehmigung dieser Protokolle. Nach Erledigung der Tagesordnung schließt die/der Vorsitzende die Sitzung.

- (4) Sofern der Senat in einem Verfahren i.S.d. § 9 VwVfG NRW tätig wird, finden die §§ 20, 21 VwVfG NRW Anwendung. Im Übrigen sind Mitglieder des Senats und sonstige an der Sitzung grundsätzlich mitwirkungsberechtigte Personen von der Mitwirkung an einem Tagesordnungspunkt ausgeschlossen, wenn sie oder ihre Angehörigen aufgrund der Beratung oder durch die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil erlangen können; dies gilt nicht für Wahlen. Über den Ausschluss einer Person von der Mitwirkung an einem Tagesordnungspunkt entscheidet der Senat unmittelbar nach Aufruf des Tagesordnungspunktes ohne Mitwirkung der/des Betroffenen.
- (5) Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Sitzungsdurchführung kann die/der Vorsitzende des Senats jederzeit das Wort ergreifen, Mitglieder des Senats zur Einhaltung der Geschäftsordnung ermahnen oder die Sitzung unterbrechen. Sofern eine ordnungsgemäße Sitzungsdurchführung nicht anderweitig sicherzustellen ist, kann die/der Vorsitzende die Öffentlichkeit von grundsätzlich in öffentlicher Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkten ganz oder teilweise ausschließen. Ist die Durchführung einer ordnungsgemäßen Sitzung nicht oder nicht mehr möglich oder reichen die Maßnahmen nach Satz 1 und 2 zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Sitzung nicht aus, kann die/der Vorsitzende die Sitzung vorzeitig schließen. Zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend behandelte Tagesordnungspunkte sind zum Gegenstand der folgenden Sitzung des Senats zu machen.
- (6) Die/der Vorsitzende des Senats entscheidet in einem Zweifelsfall über die Auslegung der Geschäftsordnung. Im Falle eines unmittelbar daraufhin erfolgenden Widerspruchs eines Mitglieds des Senats entscheidet der Senat über die Auslegung der Geschäftsordnung. Die getroffene Entscheidung ist für die laufende Sitzung des Senats verbindlich.

§ 6 Beschlussfähigkeit

- (1) Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes „Beschlussfähigkeit“ stellt die/der Vorsitzende des Senats die Beschlussfähigkeit fest. Der Senat ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß einberufen wurde und mindestens die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.
- (2) Die einmal festgestellte Beschlussfähigkeit gilt so lange als gegeben, bis die/der Vorsitzende des Senats auf Antrag eines Mitglieds des Senats die Beschlussunfähigkeit feststellt. Der Antrag auf Feststellung der Beschlussunfähigkeit kann jederzeit gestellt werden; er geht allen anderen Anträgen vor. Über den Antrag wird ohne Beratung grundsätzlich sofort entschieden; er unterbricht jedoch weder eine Rede noch eine Abstimmung oder einen Wahlgang.

- (3) Der Senat ist bei der Behandlung eines Gegenstandes ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, wenn die Behandlung dieses Gegenstandes wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt, der Senat zur Behandlung desselben Gegenstandes noch einmal einberufen und in der Einladung auf die Folge, die sich für die Beschlussfassung ergibt, ausdrücklich hingewiesen wurde.
- (4) Im Hinblick auf nach Gruppen getrennte oder auf einzelne Gruppen beschränkte Beschlussfassungen stellt die/der Vorsitzende zudem unter dem Tagesordnungspunkt „Beschlussfähigkeit“ die Beschlussfähigkeit der Gruppen fest. Die Beschlussfähigkeit einer Gruppe ist gegeben, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Vertreterinnen/Vertreter dieser Gruppe anwesend ist. Die Absätze 2 und 3 gelten für die Beschlussfähigkeit der Gruppen entsprechend.

§ 7 Öffentlichkeit

- (1) Die Sitzungen des Senats sind grundsätzlich öffentlich.
- (2) Die Öffentlichkeit ist vom Tagesordnungspunkt „Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten“, von der Behandlung entsprechender Geschäftsordnungsanträge sowie von Tagesordnungspunkten, die Personalangelegenheiten zum Gegenstand haben, ausgeschlossen. Vom Tagesordnungspunkt „Protokollgenehmigung“ ist sie ausgeschlossen, soweit über die Genehmigung eines vertraulichen Zusatzprotokolls beschlossen wird. Der Senat beschließt auf Antrag eines Mitglieds des Senats unter dem Tagesordnungspunkt „Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten“ über die Nichtöffentlichkeit weiterer Tagesordnungspunkte. Die Möglichkeit zum Ausschluss der Öffentlichkeit durch Annahme eines entsprechenden Geschäftsordnungsantrags im weiteren Sitzungsverlauf bleibt unberührt. Wahlen finden stets in öffentlicher Sitzung statt. Von einer vorangehenden Vorstellung und Befragung von Kandidatinnen/Kandidaten sowie einer vorangehenden Beratung kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.
- (3) Bei nichtöffentlicher Behandlung eines Gegenstandes dürfen grundsätzlich nur die Mitglieder des Senats sowie mit der Geschäftsführung des Senats oder mit der Protokollführung im Senat beauftragte Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Hochschulverwaltung anwesend sein. Die/der Vorsitzende einer Kommission oder eine Beauftragte/ein Beauftragter des Senats darf bei einem nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt anwesend sein, wenn der Tagesordnungspunkt eine Angelegenheit zum Gegenstand hat, die der Senat dieser Kommission oder dieser/diesem Beauftragten zuvor überwiesen hat. Die/der Vorsitzende der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium darf darüber hinaus bei einem Tagesordnungspunkt anwesend sein, wenn dieser eine Angelegenheit der Lehre, des Studiums oder der Forschung zum Gegenstand hat. Zur Vorstellung und Befragung eingeladene Kandidatinnen/Kandidaten dürfen bei dem entsprechenden Tagesordnungspunkt auch dann anwesend sein, wenn dieser nichtöffentlich behandelt wird. Im Übrigen dürfen Vorsitzende der Kommissionen und Beauftragte des Senats, Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Hochschulverwaltung sowie eingeladene Gäste bei nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten anwesend sein, soweit der Senat einen Geschäftsordnungsantrag auf vollständige oder teilweise Zulassung dieser Personen annimmt.
- (4) Die Beratung und Beschlussfassung im Rahmen eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunkts ist für alle anwesenden Personen vertraulich. Die Vertraulichkeit ist gegenüber allen Personen zu wahren, die an diesem Teil der Sitzung weder teilgenommen haben noch hätten teilnehmen dürfen. Bei Offenbarung gegenüber einer Person, die an der Sitzung hätte teilnehmen dürfen, gilt die Vertraulichkeit auch für diese Person. Die/der Vorsitzende der Kom-

mission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium darf in einer Sitzung dieser Kommission auch über der Vertraulichkeit unterliegende Angelegenheiten der Lehre, des Studiums und der Forschung berichten. Die Sitzung der Kommission hat insoweit zwingend nichtöffentlich zu erfolgen. Die Mitglieder der Kommission sind in einem solchen Fall ebenfalls zur Vertraulichkeit verpflichtet.

§ 8 Anträge

- (1) Folgende Anträge zur Geschäftsordnung dürfen unter jedem Tagesordnungspunkt eingebracht werden:
1. Abweichung von der Geschäftsordnung,
 2. Schluss der Sitzung,
 3. Sitzungsunterbrechung,
 4. Nichtbefassung mit einem Tagesordnungspunkt/Schließung eines Tagesordnungspunktes,
 5. Vertagung eines Tagesordnungspunktes,
 6. Überweisung einer Angelegenheit an einen Ausschuss, eine Kommission oder eine Beauftragte/einen Beauftragten,
 7. Nichtvornahme/Beendigung einer Beschlussfassung,
 8. Vertagung einer Beschlussfassung,
 9. Nichtbefassung mit einem Sachantrag,
 10. Wiederholung einer Abstimmung oder eines Wahlganges wegen offensichtlicher Formfehler oder wegen objektiver Unklarheit über den Inhalt der Abstimmung,
 11. Schluss der Beratung,
 12. Schließung der Redeliste,
 13. Beschränkung der Redezeit, jedoch nicht auf weniger als drei Minuten je Rednerin/Redner,
 14. Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung,
 15. Ausschluss der Öffentlichkeit von einem Tagesordnungspunkt,
 16. vollständige oder teilweise Zulassung der Vorsitzenden der Kommissionen und der Beauftragten des Senats, der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Hochschulverwaltung sowie der eingeladenen Gäste zu einem nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt,
 17. Erteilung des Rederechts an Gäste.
- (2) Alle nicht zur Tagesordnung oder Geschäftsordnung eingebrachten Anträge gelten als Sachanträge. Sachanträge sind nur zulässig unter Tagesordnungspunkten, die eine Beschlussfassung durch Abstimmung vorsehen. Sie dürfen zudem nur unter dem Tagesordnungspunkt eingebracht werden, zu dem sie der Sache nach gehören.
- (3) Antragsberechtigt sind alle Mitglieder des Senats. Die/der Vorsitzende der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium ist darüber hinaus im Hinblick auf Empfehlungen, Stellungnahmen oder Beschlussvorlagen dieser Kommission in Angelegenheiten der Lehre, des Studiums oder der Forschung berechtigt, Anträge zur Tagesordnung sowie Sachanträge zu stellen.

§ 9 Beratung

- (1) Die/Der Vorsitzende des Senats kann die Beratung zu einem Tagesordnungspunkt nach sich aus der Sache ergebenden Gesichtspunkten gliedern. Sofern zweckmäßig erteilt sie/er das Wort zunächst an eine Person, die den dem Tagesordnungspunkt zugrundeliegenden Sach-

verhalt einfürend erläutern kann. Sodann erteilt die/der Vorsitzende das Wort grundsätzlich nach der Reihe der Wortmeldungen; davon abweichend kann sie/er das Wort insbesondere zur direkten Erwiderung erteilen.

- (2) Sofern unter einem Tagesordnungspunkt mehrere Abstimmungen oder Wahlgänge stattfinden, wird zwischen den Abstimmungen und Wahlgängen bei Bedarf erneut beraten; während einer Abstimmung oder eines Wahlganges darf keine Beratung erfolgen.
- (3) Wortmeldungen zur Geschäftsordnung gehen allen anderen Wortmeldungen vor, sie unterbrechen jedoch weder eine Rede noch eine Abstimmung oder einen Wahlgang. Zu einem Geschäftsordnungsantrag sind höchstens zwei Reden für den Antrag und zwei Reden gegen den Antrag zulässig.
- (4) Redeberechtigt sind alle Mitglieder des Senats. Zu einem Tagesordnungspunkt anwesenheitsberechtigte Vorsitzende der Kommissionen und Beauftragte des Senats haben Rederecht soweit eine in den Aufgabenbereich der jeweiligen Kommission oder der/des jeweiligen Beauftragten fallende Angelegenheit betroffen ist. Im Übrigen kann Gästen von der/dem Vorsitzenden des Senats das Rederecht erteilt werden; bei Annahme eines entsprechenden Geschäftsordnungsantrags durch den Senat ist ihnen das Rederecht zu erteilen.

§ 10 Beschlussfassung

- (1) Der Senat vollzieht seine Beschlussfassung durch Abstimmungen über Anträge und Wahlen. Beschlüsse werden grundsätzlich in Präsenz der Senatsmitglieder gefasst. In begründeten Ausnahmefällen können Beschlüsse in elektronischer Kommunikation gefasst werden. Soweit nicht abweichend geregelt, fasst der Senat seine Beschlüsse nicht nach Gruppen getrennt. Jedes stimmberechtigte Mitglied des Senats darf sein Stimmrecht nur persönlich ausüben. Die Ausübung des Stimmrechts in einer Abstimmung oder einem Wahlgang setzt voraus, dass das stimmberechtigte Mitglied zu Beginn der Abstimmung oder des Wahlgangs anwesend ist. Bei geheimen Abstimmungen und Wahlen ist sicherzustellen, dass die stimmberechtigten Mitglieder ihre Stimme unbeobachtet abgeben können. Die Erfassung der unterschiedlich gewichteten Stimmen wird bei geheimen Abstimmungen und Wahlen, die in Präsenz der Senatsmitglieder stattfinden, durch die Verwendung verschiedenfarbiger Stimmzettel sichergestellt. Auch bei geheimen Abstimmungen und Wahlen sind Stimmenthaltungen zulässig.
- (2) Außerhalb seiner Sitzungen kann der Senat Beschlüsse im Umlaufverfahren fassen. Geheime Abstimmungen und Wahlen dürfen nicht im Umlaufverfahren durchgeführt werden. Zur Beschlussfassung im Umlaufverfahren übermittelt die/der Vorsitzende des Senats eine Beschlussvorlage samt der zugehörigen Unterlagen in Textform an die Mitglieder des Senats und in Angelegenheiten der Lehre, des Studiums und der Forschung zusätzlich an die Vorsitzende/den Vorsitzenden der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium; § 4 Abs. 3 S. 6 gilt entsprechend. Die stimmberechtigten Mitglieder des Senats müssen ihre Stimmen gegenüber der/dem Vorsitzenden des Senats in Textform abgeben. Die Frist zur Stimmabgabe beträgt zwei Wochen. Eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist ausgeschlossen, wenn ein Mitglied des Senats der Beschlussfassung im Umlaufverfahren innerhalb dieser Frist in Textform widerspricht; auf die Widerspruchsmöglichkeit ist bei Übermittlung der Beschlussvorlage hinzuweisen. Satz 5 gilt entsprechend für Widersprüche der/des Vorsitzenden der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium in Angelegenheiten der Lehre, des Studiums und der Forschung. Eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist nur dann wirksam, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Senats ihre Stimmen abgegeben haben. Die/der Vorsitzende des Senats kann bei Übermittlung der Beschlussvorlage eine längere Frist für Stimmabgabe

und Widerspruch vorsehen. Werden Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst, ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit über die Beschlüsse, für deren Beschlussfassung die Öffentlichkeit der Sitzung vorgesehen ist, hinreichend informiert wird.

- (3) In unaufschiebbaren Angelegenheiten, in denen ein Beschluss des Senats auch im Umlaufverfahren nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, entscheidet die/der Vorsitzende des Senats. Dies gilt nicht für Wahlen. Die/der Vorsitzende hat den Mitgliedern des Senats und in Angelegenheiten der Lehre, des Studiums und der Forschung zusätzlich der/dem Vorsitzenden der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium unverzüglich die Gründe für die getroffene Entscheidung und die Art der Erledigung mitzuteilen.

§ 11 Stimmberechtigung

- (1) Grundsätzlich sind die stimmberechtigten Mitglieder des Senats in allen Angelegenheiten stimmberechtigt, soweit gesetzlich nichts anderes geregelt ist.
- (2) Die Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung haben kein Stimmrecht in Angelegenheiten der Berufung von Professorinnen und Professoren. In den übrigen Angelegenheiten der Lehre, Forschung und Kunst haben Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung nur dann Stimmrecht, wenn sie entsprechende Funktionen in der Universität wahrnehmen und über besondere Erfahrungen im jeweiligen Bereich verfügen. Über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 4 entscheidet die/der Vorsitzende des Senats zu Beginn der auf die Wahl der Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung nachfolgenden konstituierenden Sitzung des Senats für die Dauer der gesamten Amtszeit. Sofern ein Mitglied des Senats dieser Entscheidung während der Sitzung oder in Textform innerhalb von zwei Wochen nach der Sitzung gegenüber der/dem Vorsitzenden des Senats oder der Rektorin/dem Rektor widerspricht, entscheidet das Rektorat anstelle der/des Vorsitzenden des Senats über das Stimmrecht.

§ 12 Stimmgewichtung

- (1) Grundsätzlich stehen die Stimmen der vier Gruppen im gleichen Verhältnis zueinander. Hierzu wird jede Stimme einer Vertreterin/eines Vertreters der Gruppen gemäß § 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 dadurch gewichtet, dass sie mit dem Faktor 12 multipliziert und dem Faktor 5 dividiert wird (allgemeine Stimmgewichtung). Bei der Beschlussfassung über Angelegenheiten gemäß § 22 Abs. 4 HG und § 11 Abs. 2 Satz 2 HG verfügen die Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer über die Mehrheit der Stimmen. Hierzu wird jede Stimme einer Vertreterin/eines Vertreters der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer dadurch gewichtet, dass mit dem Faktor 16 multipliziert und dem Faktor 12 dividiert wird (besondere Stimmgewichtung). Sich auf eine Angelegenheit beziehende Anträge zur Tagesordnung und zur Geschäftsordnung fallen unter die auf diese Angelegenheit Anwendung findende Stimmgewichtung. Sich auf den Bestandteil einer Angelegenheit beziehende Anträge zur Geschäftsordnung fallen unter die auf diesen Bestandteil Anwendung findende Stimmgewichtung.
- (2) Angelegenheiten gemäß § 22 Abs. 4 HG und § 11 Abs. 2 Satz 2 HG sind folgende Angelegenheiten:
1. Unter Beachtung von Satz 3 und 4 Erlass und Änderung der Grundordnung mit Ausnahme einer Änderung, die ausschließlich Bestandteile der Grundordnung erfasst, die die Forschung, Kunst, Berufung von Professorinnen/Professoren oder die Lehre mit Ausnahme ihrer Bewertung nicht unmittelbar betreffen;
 2. Erlass und Änderung

- a) der Berufsordnungsordnung,
 - b) der Rahmenordnungen zur Verleihung der Bezeichnungen Honorarprofessorin / Honorarprofessor und außerplanmäßige Professorin / außerplanmäßiger Professor
 - c) der Ordnung zur Sicherstellung guter wissenschaftlicher Praxis,
 - d) der Verwaltungs- und Benutzungsordnungen zentraler wissenschaftlicher Einrichtungen,
 - e) von Ordnungen zur Errichtung einer Stiftung des öffentlichen Rechts zur Förderung von Forschung und Lehre, der Kunst, des Wissenstransfers sowie der Verwertung von Forschungsergebnissen,
 - f) von sonstigen Rahmenordnungen und Ordnungen, die inhaltliche Rahmenbedingungen der Forschung regeln;
3. Erlass und Änderung von
 - a) Rahmenprüfungsordnungen einschließlich der Promotionsrahmenordnung und der Habilitationsrahmenordnung,
 - b) Rahmenstudienordnungen,
 - c) Rahmenordnungen zur Regelung praktischer Studienphasen,
 - d) Ordnungen und Rahmenordnungen zur Regelung des Zugangs zum Studium,
 - e) Ordnungen und Rahmenordnungen zur Anerkennung von Prüfungsleistungen und Studienabschlüssen;
 4. Billigung von Planungsgrundsätzen für den Hochschulentwicklungsplan;
 5. Empfehlungen und Stellungnahmen
 - a) zum Entwurf des Hochschulentwicklungsplans,
 - b) zum Entwurf des Hochschulvertrages,
 - c) zum Wirtschaftsplan,
 - d) zu den Grundsätzen der Verteilung der Stellen und Mittel auf die Fakultäten, zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und zentralen Betriebseinheiten,
 - e) in Angelegenheiten der Forschung, Kunst und der Lehre, die die gesamte Universität betreffen oder von grundsätzlicher Bedeutung sind;
 6. Entscheidung über die Zustimmung zum Berufungsvorschlag einer Fakultät zur Besetzung einer Professur, wenn das Rektorat beabsichtigt, diesen Berufungsvorschlag nicht oder nicht unverändert zu beschließen;
 7. Wahl der Mitglieder des Senats
 - a) in der Findungskommission zur Vorbereitung der Wahlen der Mitglieder des Rektorats,
 - b) im Auswahlgremium zur Auswahl der Mitglieder des Hochschulrates;
 8. Bestätigung der vom Auswahlgremium zur Auswahl der Mitglieder des Hochschulrates erarbeiteten oder beschlossenen Liste;
 9. Vorschlag der Abberufung eines Mitglieds des Hochschulrates;
 10. Zustimmung zur Bestellung einer Gründungsdekanin/eines Gründungsdekans einer neu gegründeten Fakultät;
 11. Wahl von Ombudspersonen und stellvertretenden Ombudspersonen zur Sicherstellung guter wissenschaftlicher Praxis;
 12. sonstige die Forschung, Kunst, Berufung von Professorinnen/Professoren oder die Lehre mit Ausnahme ihrer Bewertung unmittelbar betreffende Angelegenheiten.

Soweit Bestandteile einer Angelegenheit, über die grundsätzlich mit allgemeiner Stimmgewichtung zu beschließen ist, die Forschung, Kunst, Berufung von Professorinnen/Professoren oder die Lehre mit Ausnahme ihrer Bewertung unmittelbar betreffen (wissenschaftsrelevante Bestandteile), so beschließt der Senat vor der Beschlussfassung über die gesamte Angelegenheit zunächst mit besonderer Stimmgewichtung über diese Bestandteile. Beim Erlass der Grundordnung ist vor der Beschlussfassung über die gesamte Angelegenheit zunächst mit besonderer Stimmgewichtung über die wissenschaftsrelevanten Bestandteile der Grundordnung und mit allgemeiner Stimmgewichtung über die sonstigen Bestandteile der Grundordnung zu beschließen. Änderungen von wissenschaftsrelevanten Bestandteilen der Grundordnung einerseits und Änderungen von sonstigen Bestandteilen der Grundordnung andererseits sind als gesonderte Angelegenheiten zu behandeln.

- (3) Die/der Vorsitzende des Senats kennzeichnet in der vorläufigen Tagesordnung voraussichtlich mit besonderer Stimmgewichtung zu beschließende Angelegenheiten und Bestandteile. Nach Stellung der Anträge zur Tagesordnung und vor der endgültigen Festlegung der Tagesordnung entscheidet die/der Vorsitzende des Senats unter dem Tagesordnungspunkt „Stimmgewichtung/Endgültige Festlegung der Tagesordnung“, über welche Angelegenheiten und bereits bekannten Bestandteile mit besonderer Stimmgewichtung zu beschließen ist; bei der späteren Ergänzung einer Angelegenheit um einen Bestandteil trifft die/der Vorsitzende die Entscheidung, ob über diesen Bestandteil mit besonderer Stimmgewichtung zu beschließen ist, von Amts wegen oder auf Antrag eines stimmberechtigten Mitglieds des Senats. Im Falle eines unmittelbar auf die Entscheidung der/des Vorsitzenden erfolgenden Widerspruchs eines stimmberechtigten Mitglieds des Senats entscheidet der Senat mit allgemeiner Stimmgewichtung darüber, ob über eine Angelegenheit oder einen Bestandteil mit besonderer Stimmgewichtung zu beschließen ist. Sofern der Senat entscheidet, dass über eine Angelegenheit oder einen Bestandteil nicht mit besonderer Stimmgewichtung zu beschließen ist, können die Vertreterinnen/Vertreter der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer auf unmittelbar auf die Senatsentscheidung erfolgenden Antrag einer Vertreterin/eines Vertreters dieser Gruppe beschließen, die betroffene Angelegenheit vor ihrer weiteren Behandlung zunächst an den Vermittlungsausschuss zu überweisen. Andernfalls ist die getroffene Entscheidung für die laufende Sitzung verbindlich. Es dürfen keine Geschäftsordnungsanträge gestellt werden, die darauf gerichtet sind, einen Widerspruch nach Satz 3 oder einen Antrag nach Satz 4 nicht zu behandeln.
- (4) Der Vermittlungsausschuss besteht aus der/dem Vorsitzenden des Senats als nichtstimmberechtigter Vorsitzender/nichtstimmberechtigtem Vorsitzenden des Ausschusses, drei stimmberechtigten Vertreterinnen/Vertretern der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und je einer/einem stimmberechtigten Vertreterin/Vertreter der übrigen Gruppen; die/der Vorsitzende des Senats darf nicht zugleich stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses sein. Die Wahl der Vertreterinnen/Vertreter erfolgt in der auf die Wahl der Vertreterinnen/Vertreter der jeweiligen Gruppe im Senat nachfolgenden konstituierenden Sitzung des Senats; die Amtszeiten beginnen mit der Annahme der Wahl und enden mit Ablauf der Amtszeiten der Vertreterinnen/Vertreter der jeweiligen Gruppe im Senat. Der Vermittlungsausschuss entscheidet abschließend über die auf die konkrete Angelegenheit oder den konkreten Bestandteil anzuwendende Stimmgewichtung.

§ 13 Abstimmungen

- (1) Über Anträge wird grundsätzlich offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Verlangen mindestens eines stimmberechtigten Mitglieds des Senats erfolgt die Abstimmung über einen Antrag geheim durch die Abgabe von Stimmzetteln oder die Stimmabgabe in elektronischer Form; dies gilt nicht für Geschäftsordnungsanträge. Über Personalangelegenheiten ist stets geheim abzustimmen. Vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung bedarf ein Antrag zu seiner Annahme der einfachen Mehrheit der abgegebenen gewichteten Stimmen. Der Antrag ist angenommen, wenn er mehr gewichtete Ja- Stimmen als gewichtete Nein-Stimmen erhält. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden bei der Berechnung der Mehrheit nicht mitgezählt. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag nicht angenommen.
- (2) Über Geschäftsordnungsanträge wird unmittelbar nach Abschluss der Beratung über den Antrag abgestimmt. Bei konkurrierenden Geschäftsordnungsanträgen werden die Anträge in der Reihenfolge des § 8 Abs. 1 Satz 1 behandelt. Ein Antrag nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bedarf zu seiner Annahme des Konsenses des Senats. Bei Annahme eines Geschäftsordnungsantrags bereits vollzogene Abstimmungen und Wahlen bleiben grundsätzlich wirksam. Lediglich die Annahme eines Antrags nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10 führt zur Unwirksamkeit der betroffenen Abstimmung oder des betroffenen Wahlgangs. Bei Annahme eines

Antrags nach § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 darf dieser Sachantrag oder ein inhaltsgleicher Sachantrag in derselben Sitzung des Senats nicht mehr eingebracht werden. Angenommene Geschäftsordnungsanträge gehen Entscheidungen der/des Vorsitzenden des Senats vor.

- (3) Über Anträge, die sich als Änderungs- oder Ergänzungsanträge zu einem Sachantrag darstellen, wird vor dem Antrag, auf den sie sich beziehen (Hauptantrag), in zweckmäßiger Reihenfolge abgestimmt. Die Annahme eines Änderungs- oder Ergänzungsantrages führt zur einer entsprechenden Anpassung des Hauptantrages. Über konkurrierende Sachanträge wird wie folgt abgestimmt:
1. Bei unterschiedlich weitgehenden Anträgen, bei denen die weniger weitgehenden Anträge im weitestgehenden Antrag inhaltlich enthalten sind, wird zunächst über den weitestgehenden Antrag abgestimmt, im Falle seiner Ablehnung über den nächst weitgehenden Antrag usw. Sobald ein Antrag angenommen wurde, entfallen die übrigen Anträge; bis zum Abschluss der Abstimmung über die konkurrierenden Anträge dürfen keine neuen Sachanträge gestellt werden.
 2. Ansonsten werden die Anträge gleichzeitig zur Abstimmung gestellt. Bei Stimmengleichheit zwischen den erfolgreichsten Anträgen wird über diese Anträge erneut abgestimmt; besteht bei der erneuten Abstimmung die Stimmengleichheit zwischen allen noch zur Abstimmung stehenden Anträgen fort, gelten alle konkurrierenden Anträge als abgelehnt. Erhält ein Antrag in der gleichzeitigen Abstimmung die meisten gewichteten Stimmen, wird über diesen Antrag abschließend nochmals gesondert abgestimmt.
- (4) Die Annahme eines Antrags auf Vorschlag der Abberufung eines Mitglieds des Hochschulrates bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der gewichteten Stimmen des Senats.
- (5) Der Erlass einer neuen Grundordnung oder einer Ordnung zur Änderung der Grundordnung bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der gewichteten Stimmen des Senats; dies gilt nur für die abschließende Abstimmung über den Hauptantrag.
- (6) Soweit der Senat nach § 1 Abs. 3 Nr. 3, 4 und 12 an Entscheidungen des Rektorats mitwirkt, können die Vertreterinnen/Vertreter einer Gruppe dem Rektorat innerhalb von zwei Wochen nach der Senatssitzung ein vom Senatsbeschluss abweichendes, von allen Vertreterinnen/Vertretern der Gruppe unterzeichnetes schriftliches Votum vorlegen, wenn sich die Gruppe dieses in der Sitzung durch einstimmigen Beschluss vorbehalten hat. Das Rektorat muss vor seiner Entscheidung über ein solches Gruppenvotum beraten. Das Rektorat muss das Gruppenvotum darüber hinaus vor seiner Entscheidung mit den Vertreterinnen/Vertretern der Gruppe mündlich erörtern, wenn dies im Gruppenvotum verlangt wird.

§ 14

Wahlen im Zuständigkeitsbereich des Senats

- (1) Wahlen erfolgen stets geheim durch die Abgabe von Stimmzetteln oder durch Stimmabgabe in elektronischer Form. Von einer geheimen Abstimmung kann abgesehen werden, wenn der Senat einstimmig auf die Nutzung von Stimmzetteln bzw. auf die Stimmabgabe in elektronischer Form zugunsten einer offenen Wahl verzichtet. Wählbar ist nur, wer vorgeschlagen wurde. Vorschlagsberechtigt sind alle Mitglieder des Senats. Wahlen geht auf Beschluss des Senats oder bei nach Gruppen getrennten Wahlen auf Beschluss der jeweiligen Gruppe eine Vorstellung und Befragung der Kandidatinnen/Kandidaten voran.
- (2) Steht nur eine Kandidatin/ein Kandidat zur Wahl, wird über diese Kandidatin/diesen Kandidaten mit Ja oder Nein abgestimmt. Die Kandidatin/der Kandidat ist vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung gewählt, wenn sie/er ohne Berücksichtigung von Stimmenthaltungen und ungültigen Stimmen mehr gewichtete Ja-Stimmen als gewichtete Nein-Stimmen erhält. Stehen mehrere Kandidatinnen/Kandidaten zur Wahl, wird über alle Kandidatinnen/Kandidaten gleichzeitig abgestimmt. Vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung ist

gewählt, wer ohne Berücksichtigung von Stimmenthaltungen und ungültigen Stimmen die meisten gewichteten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit zwischen den erfolgreichsten Kandidatinnen / Kandidaten findet ein weiterer Wahlgang in Form einer Stichwahl zwischen diesen Kandidatinnen / Kandidaten statt. Bei Stimmengleichheit zwischen allen Kandidatinnen / Kandidaten einer Stichwahl wird die Wahl durch einen durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Senats vorzunehmenden Losentscheid ersetzt.

- (3) Die Mitglieder eines Ausschusses werden vom Senat nach Gruppen getrennt gewählt. Für die Mitglieder einer Kommission gilt dies nur, wenn alle Gruppen vertreten sind. Sofern für eine Wahl von Mitgliedern eines Ausschusses oder einer Kommission nicht mehr Kandidatinnen/Kandidaten vorgeschlagen sind als Sitze zur Verfügung stehen, wird über jede Kandidatin/ jeden Kandidaten gemäß Abs. 2 abgestimmt. Ansonsten darf bei einer Wahl jedes für diese Wahl wahlberechtigte Mitglied des Senats für höchstens so viele Kandidatinnen/Kandidaten stimmen wie Sitze bei dieser Wahl zu vergeben sind. Eine Stimmenhäufung ist unzulässig. Gewählt sind die Kandidatinnen/Kandidaten mit den meisten Stimmen. Nicht gewählte Kandidatinnen/Kandidaten, die mindestens eine Stimme erhalten haben, sind stellvertretende Mitglieder des Ausschusses oder der Kommission in der sich aus Anzahl der erreichten Stimmen ergebenden Reihenfolge. Bei Stimmengleichheit erfolgt ein durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Senats vorzunehmender Losentscheid. Bei der Aufstellung der Kandidaturen für die Wahl von Mitgliedern eines Ausschusses oder einer Kommission soll auf die geschlechtsparitätische Repräsentanz geachtet werden. Sofern die Vorschläge für eine Wahl ein entsprechendes Ungleichgewicht aufweisen, soll die/der Vorsitzende des Senats darauf hinwirken, dass weitere Kandidatinnen/Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts vorgeschlagen werden. In Fällen des Abs. 1 Satz 6 soll die/der Vorsitzende darauf rechtzeitig vor Fristablauf hinwirken.
- (4) Eine gewählte Kandidatin/ein gewählter Kandidat ist unverzüglich zu befragen, ob sie/er die Wahl annimmt. Eine Annahme der Wahl unter Bedingungen oder Vorbehalten ist ausgeschlossen. Die Wahl gilt als angenommen, wenn die gewählte Kandidatin/der gewählte Kandidat die Wahl nicht innerhalb von zwei Wochen durch begründete Erklärung gegenüber der/dem Vorsitzenden des Senats oder der Rektorin/dem Rektor ablehnt.
- (5) Soweit durch den Senat zu besetzende Funktionen auf Dauer eingerichtet sind, beginnen die Amtszeiten der Funktionsträgerinnen/Funktionsträger vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung am 1. Oktober und enden mit Ablauf des 30. September; die Wahlen erfolgen frühestens auf der dem Beginn der Amtszeit vorangehenden konstituierenden Sitzung des Senats. Die erste Amtszeit der Inhaberin/des Inhabers einer zu einem anderen Zeitpunkt auf Dauer neu geschaffenen Funktion verkürzt sich dementsprechend. Ist bei Ablauf einer Amtszeit einer auf Dauer eingerichteten Funktion noch keine neue Funktionsträgerin/kein neuer Funktionsträger bestimmt, so übt die/der bisherige Funktionsträgerin/Funktionsträger die Funktion weiter aus; das Ende der Amtszeit der/des nachträglich gewählten Funktionsträgerin/Funktionsträger bestimmt sich so, als ob sie/er die Funktion rechtzeitig angetreten hätte. Nach einem vorzeitigen Ausscheiden einer Funktionsträgerin/eines Funktionsträgers ist unverzüglich eine neue Funktionsträgerin/ein neuer Funktionsträger für den Rest der Amtszeit zu wählen; dies gilt nicht, soweit die Funktion nicht durch Rechtsvorschrift vorgesehen ist und der Senat die Abschaffung der Funktion beschließt.
- (6) Der Senat kann von ihm gewählte Funktionsträgerinnen/Funktionsträger abwählen; wird die Abwahl mehrerer Funktionsträgerinnen/Funktionsträger beantragt, so sind die einzelnen Abwahanträge gesondert zu behandeln. Zur Abwahl einer Funktionsträgerin/eines Funktionsträgers bedarf es der Mehrheit von zwei Dritteln der gewichteten Stimmen des Senats. Abweichend von Satz 2 bedarf es zur Abwahl des Mitglieds eines Ausschusses oder einer Kommission der Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen/Vertretern der Gruppe, aus der das Ausschuss- oder Kommissionsmitglied gewählt wurde.

§ 15**Ausschüsse, Kommissionen und Beauftragte**

- (1) Der Senat verfügt über die in der Grundordnung und anderen Ordnungen der Universität vorgesehenen Ausschüsse, Kommissionen und Beauftragten. Der Senat kann beschließen, weitere Ausschüsse, Kommissionen oder Beauftragte einzusetzen. Aus dem Beschluss müssen die Zwecksetzung der Einsetzung und die Aufgaben des Ausschusses, der Kommission oder der/des Beauftragten hervorgehen; bei einem Ausschuss oder einer Kommission muss zudem die Zusammensetzung geregelt werden. Weiterhin muss der Beschluss festlegen, ob die Einsetzung auf unbestimmte oder bestimmte Dauer erfolgt; im Falle unbestimmter Dauer muss eine Amtszeit festgelegt werden. Vorbehaltlich einer abweichenden Regelung wählen Ausschüsse und Kommissionen ihre Vorsitzende/ihren Vorsitzenden und ihre stellvertretende Vorsitzende/ihren stellvertretenden Vorsitzenden aus ihrer Mitte.
- (2) Die Mitglieder eines Ausschusses müssen zugleich Mitglieder des Senats sein. In einem Ausschuss müssen, in einer Kommission sollen alle Gruppen vertreten sein.
- (3) Ausschüsse und Kommissionen regeln ihre Arbeitsweise selbst. Im Übrigen gilt diese Geschäftsordnung entsprechend. Die Vorsitzenden der Ausschüsse und Kommissionen sowie die Beauftragten sind dem Senat gegenüber auskunftspflichtig.

§ 16**Sitzungsprotokoll, Sondervoten**

- (1) Über jede Sitzung ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen, das die Tagesordnung, die Anwesenheitsliste, die Beratungsgegenstände und die Ergebnisse der Beschlussfassungen wiedergibt. Soweit Tagesordnungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, erfolgt deren Wiedergabe in einem vertraulichen Zusatzprotokoll.
- (2) Jedes in einer Sitzung überstimmte Mitglied des Senats kann einen abweichenden Standpunkt in einem schriftlichen Sondervotum darlegen, wenn sie/er sich dieses in der Sitzung durch Erklärung gegenüber der/dem Vorsitzenden des Senats vorbehalten hat. Das Sondervotum ist dem Sitzungsprotokoll hinzuzufügen und Beschlüssen, die anderen Stellen vorzulegen sind, beizufügen, wenn es innerhalb von zwei Wochen nach der Sitzung der/dem Vorsitzenden des Senats in Schriftform zugegangen ist. § 13 Abs. 5 bleibt unberührt.
- (3) Den ersten Protokollentwurf erhalten die Mitglieder des Senats, die stellvertretenden Mitglieder des Senats und die/der Vorsitzende der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium unverzüglich nach der betreffenden Sitzung des Senats in Textform, soweit sie an der Sitzung teilgenommen haben; auf Antrag einer dieser Personen korrigiert die/der Vorsitzende des Senats den ersten Protokollentwurf und macht die Korrektur kenntlich. Der ggf. korrigierte Protokollentwurf ist den Sitzungsunterlagen der nächsten Senatssitzung in Textform beizufügen. Nach der Genehmigung ist das endgültige Sitzungsprotokoll von der Protokollführerin/dem Protokollführer und der/dem Vorsitzenden des Senats zu unterzeichnen und den Mitgliedern des Senats und der/dem Vorsitzenden der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium in Textform zu übermitteln. Die Sätze 1 bis 3 gelten grundsätzlich entsprechend für den ersten und den ggf. korrigierten Entwurf des vertraulichen Zusatzprotokolls sowie das endgültige vertrauliche Zusatzprotokoll; diese Unterlagen müssen jedoch jeweils schriftlich unter Hinzufügung eines Vertraulichkeitsvermerks übersandt werden. Den ggf. korrigierten Entwurf des vertraulichen Zusatzprotokolls und das endgültige vertrauliche Zusatzprotokoll erhalten grundsätzlich nur die Senatsmitglieder; die stellvertretenden Senatsmitglieder erhalten den ggf. korrigierten Entwurf des vertraulichen Zusatzprotokolls bei Eintritt des Vertretungsfalles. Die/der Vorsitzende der Kommission zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium erhält den ggf. korrigierten Entwurf des vertraulichen Zusatzprotokolls und das endgültige vertrauliche

Zusatzprotokoll in Angelegenheiten der Lehre, des Studiums und der Forschung. Das endgültige Sitzungsprotokoll ist unter Ausschluss des vertraulichen Zusatzprotokolls der Hochschulöffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich zu machen.

§ 17 Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt mit ihrer Beschlussfassung in Kraft. Sie ist in den Amtlichen Mitteilungen der Technischen Universität Dortmund zu veröffentlichen. Zugleich tritt die Geschäftsordnung des Senats vom 07.07.2016 (AM Nr. 23/2016) außer Kraft.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Technischen Universität Dortmund im Umlaufverfahren am 25.11.2020.

Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- 1) die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- 2) das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
- 3) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
- 4) bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Dortmund, den 14.01.2021

Der Vorsitzende des Senats
der Technischen Universität Dortmund

Universitätsprofessor
Dr. Lorenz Schwachhöfer

Dortmund, den 08.12.2020

Der Rektor
der Technischen Universität Dortmund

Universitätsprofessor
Dr. Manfred Bayer